

Germanistik in Mittel- und Osteuropa
1945–1992

Germanistik
in Mittel- und Osteuropa
1945 – 1992

Herausgegeben von
Christoph König



Walter de Gruyter · Berlin · New York
1995

Eine Veröffentlichung der Arbeitsstelle für die Erforschung
der Geschichte der Germanistik
im Deutschen Literaturarchiv Marbach am Neckar

Redaktion: Birte Giesler und Reiner Kornetta

© Gedruckt auf säurefreiem Papier,
das die US-ANSI-Norm über Haltbarkeit erfüllt.

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Germanistik in Mittel- und Osteuropa 1945–1992 : [eine Veröffentlichung der Arbeitsstelle für die Erforschung der Geschichte der Germanistik im Deutschen Literaturarchiv Marbach am Neckar] / hrsg. von Christoph König. – Berlin ; New York : de Gruyter, 1995

ISBN 3-11-014419-0

NE: König, Christoph [Hrsg.]; Arbeitsstelle für die Erforschung der Geschichte der Germanistik <Marbach, Neckar>

© Copyright 1995 by Walter de Gruyter & Co., D-10785 Berlin

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Printed in Germany

Einbandgestaltung: Friedrich Pfäfflin

Satz und Druck: Arthur Collignon GmbH, Berlin

Buchbinderische Verarbeitung: Lüderitz & Bauer-GmbH, Berlin

Inhaltsverzeichnis

CHRISTOPH KÖNIG Eine Rekonstruktion nach dem Bruch	1
---	---

Geschichte, Wissenschaftspolitik, Kultur

GERT ROBEL Das »sozialistische Lager« von 1948 bis 1990	9
--	---

PETER BACHMAIER Die Wissenschaftspolitik in Osteuropa von 1945 bis 1993	30
--	----

RAINER ROSENBERG Literaturwissenschaftliche Germanistik in der DDR	41
---	----

MIHÁLY VAJDA Die Bedeutung von »Mitteleuropa«	51
--	----

Die einzelnen Länder

ALI DHRIMO Deutsche Sprache und Deutschunterricht in Albanien	63
--	----

MILOJE DJORDJEVIĆ Zur Entwicklung der Germanistik an der Universität Sarajevo	71
--	----

PAVEL PETKOV Zur Geschichte der Germanistik in Bulgarien	82
---	----

PENKA ANGELOVA Erfahrungsräume erlebter Geschichte – Die Germanistik in We- liko Târnovo (Bulgarien)	92
--	----

RITA TASA Über die Entwicklung der Germanistik an der Universität Tartu (Dorpat)	99
--	----

VIKTOR ŽMEGAČ Zur Geschichte der Germanistik in Kroatien	111
VALDIS BIŠENIEKS Germanistik in Lettland	121
MICHAEL HEIDBREDER / INA MEIKSINAITĒ Zur Situation der Germanistik in Litauen	128
KAROL SAUERLAND Reflexionen zur polnischen Nachkriegsgermanistik	137
STEFAN H. KASZYŃSKI Methodologische Aspekte der germanistischen Literaturwissen- schaft in Polen nach 1945	148
ANDRZEJ Z. BZDĘGA Germanistische Sprachwissenschaft in Polen nach 1945	160
ANDREI CORBEA-HOIȘIE Für eine richtige Auslandsgermanistik. Die Lage des Faches in Ru- mänien	168
ALEXANDER MICHAILOW Zum heutigen Stand der Germanistik in Rußland. Ein vorläufiger Bericht	183
ROSTISLAW JU. DANILEWSKIJ Zur Geschichte der Germanistik in Leningrad (Sankt Petersburg)	202
NINA PAWLOWA Die sowjetische Rezeption der deutschen Literatur des 20. Jahr- hunderts	214
TOMISLAV BEKIĆ Germanistik in Serbien	222
DAGMAR KOŠŤÁLOVÁ Elemír Terray im Kontext der slowakischen Germanistik	231
ANTON JANKO Germanistik in Slowenien	239

MILAN TVRDÍK	
Die tschechische Germanistik nach 1945	248
ANTAL MÁDL	
Deutsche Sprache und Germanistik in Ungarn zwischen Motiva- tion und Gegenmotivation	256
ÁRPÁD BERNÁTH	
Das Wechselspiel zwischen Zentrum und Peripherie. Die Universi- täten von Pécs, Debrecen, Szeged und die ungarische Germanistik	271

Anhang

Germanistische Institutionen in den jeweiligen Ländern	287
Über die Autoren	301
Namenverzeichnis	307

CHRISTOPH KÖNIG

Eine Rekonstruktion nach dem Bruch

Die Germanistik in Mittel- und Osteuropa seit ihren Anfängen ist für uns eine *terra incognita*. Nachrichten aus jener Welt waren in den letzten Jahrzehnten besonders schwer zu erhalten. Entweder wurden sie aus politischen Gründen zurückgehalten oder man verstand die Sprache nicht, in der sie vermittelt wurden, und konnte die Schrift nicht lesen, oder man durfte sich – wenn denn Nachrichten kamen und man sie zu lesen in der Lage war – auf die Informationen nicht verlassen. Die einfachsten Dinge sind deshalb wenig bekannt: wo Germanistik unterrichtet wurde, und seit wann, wie die Gelehrten und Dozenten hießen, was ihre Schwerpunkte waren, ihre Methoden und Leistungen, wo sie publizierten und in welcher Sprache, ob sie auf gute Bibliotheken zurückgreifen konnten, welchen gelehrten Vereinigungen sie angehörten. Nicht nur uns im Westen ist all das fast gänzlich unbekannt, sondern auch die Germanisten in den einzelnen Ländern wußten wenig voneinander, da die »sozialistischen« Staaten bilateral zu Moskau sich verhalten konnten, Freundschaften untereinander jedoch argwöhnisch verhindert wurden – wenn die kulturellen Unterschiede überhaupt den Wunsch danach aufkommen ließen.

Bei allem Wissensdurst blieb nur die allmähliche Annäherung. Um wenigstens die Umriss des Themas in Erfahrung zu bringen, tagte 1991 die Projektgruppe des *Marbacher Arbeitskreises für Geschichte der Germanistik*, bald darauf fand im Deutschen Literaturarchiv eine kleine Vorkonferenz mit einigen wenigen Kollegen aus jenen Landstrichen statt: aus Polen, Russland, Berlin und Kroatien. Und so wurde gemeinsam mit dem Institut für Auslandsbeziehungen (Stuttgart) im Herbst 1992 ein größeres Symposium veranstaltet. Der nun vorliegende Band über die Geschichte der Germanistik in Mittel- und Osteuropa seit dem Zweiten Weltkrieg geht schließlich über seine Vorgeschichte hinaus. Er erhebt den Anspruch, möglichst jedes Land nach aktueller politischer Landkarte vertreten zu sehen, auch wenn das zum Symposium wegen unzureichender Kommunikationswege, oder weil damals diese Welt noch nicht »so weit« war (etwa in der Tschechoslowakei oder in Teilen Jugoslawiens), nicht sein konnte. So enthält das vorliegende Buch Beiträge zur Ge-

schichte der Germanistik in sechzehn Ländern: in Albanien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, der DDR, Estland, Kroatien, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Russland, Serbien, der Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn; einer Neuauflage muß es vorbehalten bleiben, auch über Makedonien und die Ukraine, woher uns trotz aller Bemühungen keine Antworten erreichten, zu berichten.

Neuere Arbeiten zum kulturellen Gedächtnis belehren uns, daß die eigene Geschichte nach historischen Brüchen neu geordnet und rekonstruiert werden will. Weil gerade den Geisteswissenschaften eine kulturelle und identitätsstiftende Rolle abverlangt wird und weil die einzelnen Philologen mit ihrer Arbeit auch kulturelle Werte vertreten wollen, ist bei den hier vorliegenden fachgeschichtlichen Darstellungen zu bedenken, daß sie nach dem Zusammenbruch der sowjetischen Hegemonie und der kommunistischen Parteien im Land geschrieben und somit selbst eingebunden in dieses kulturelle Wirken sind. Aber das Besondere an unserem Thema ist, daß hier die kulturelle Rekonstruktion zu einem guten Teil darin besteht, sich von einer Periode zu lösen, in der das Fach ohne weitere Hemmungen und wissenschaftliche Skrupel in die Pflicht kultureller und kulturpolitischer Motive genommen wurde. Die neue, in den folgenden Beiträgen deutlich gewünschte Kultur, die man vielleicht besser eine »Wissenschaftskultur« nennt, setzt deshalb auf das Individuelle (gegen die Hegemonie) und auf Re-Philologisierung gegen die von der hegemonialen Macht erzwungene Parteilichkeit.

Daher verflüchtigt sich in den Beiträgen zusehends das Thema, insofern es von einer Einheit der hier vertretenen Landes-Fächer ausgeht. Wenn Gert Robel und Peter Bachmaier die politische, ökonomische und wissenschaftspolitische Entwicklung der Sowjetunion darstellen und von einer kräftigen Einflußnahme ausgehen, die Rückschlüsse auf davon betroffene Entwicklungen anderswo erlauben, so findet dieser Versuch, unterschiedliche Phänomene durch die Konstruktion einer allgemeinen Ebene zusammenzuführen und vergleichbar zu machen, und in der politischen Dominanz der Sowjetunion eben diese Abstraktionsebene zu sehen, in den Beiträgen keine reibungslose Resonanz. Beispielhaft dafür ist, wie oft in den Diskussionen der Tagung die zweifelnde Frage gestellt wurde, was das Wort »Sowjetisierung« eigentlich bedeute und ob es denn einen Sinn habe.

Zu den Schwierigkeiten, denen jede Auslandsphilologie ohnehin zu begegnen hat (die Sprachkompetenz ist keine selbstverständliche Voraussetzung, die gesellschaftliche Rolle marginal, die *scientific community* der deutschsprachigen Länder weit weg), gesellte sich vielerorts der bewußt betriebene und bedrückend feindselige, historisch und politisch motivierte Entzug der Grundlagen germanistischer Arbeit: Auslandskontakte wurden unterbunden, Lehrstühle aufgelöst, die Sprachwissenschaft

der (ideologisch gefährlicheren) Literaturwissenschaft vorgezogen, Karrieren nach politischem Wohlverhalten zugeteilt, die deutschsprachige Bevölkerung (in Rumänien etwa) vertrieben und anderes mehr. Man mag das Sowjetisierung nennen oder nicht: alle hier versammelten fachgeschichtlichen Darstellungen richten sich gegen die Geschichte dieser Jahrzehnte und sie tun das auf unterschiedliche Weise. Sie entwickeln Modelle und finden Zeugnisse dafür, Modelle, die so oder so, positiv oder negativ, die widrigen Umstände wahrnehmend oder bewußt vernachlässigend auf diese Bedingungen bezogen werden. Auch nach dem Bruch bleibt die neue Erinnerung an das Besondere des Bruchs gebunden.

Resignation, Widerspruch und Zukunft heißen diese Erinnerungen und sie mischen sich ordentlich, vor allem die Vorstellungen von Niedergang und Hoffnung nach dem Scheitern. Alexander Michailows Darstellung des *Verfalls* in Russland etwa läßt nur 5% der Literaturwissenschaftler gelten, deren herausragende Leistungen abseits entstehen konnten und sich dem Kampf der Einzelnen gegen das System seit 1922 verdanken, und nun, wie Michailow eindringlich schreibt, den großen marxistisch-leninistischen Rest verdrängen müssen: ihnen allein habe sich die Fachgeschichte zuzuwenden. Dem Verfall verwandt ist das schlichte *Aufhören* aus Protest, das uns aus Szeged (Ungarn) zugetragen wird, konstruktiv das Ende der Geschichte, die Andrei Corbea-Hoisie für Rumänien erzählt: wo das Abbröckeln bis zum Abbruch führt, und ein Neubeginn nur möglich ist, wenn das Fach sich nicht mehr auf die deutschen Minderheiten stützt, erhebt er die Forderung nach einer klaren Auslandsgermanistik. Neben den Verfall treten Erzählungen vom wahrhaftig *heroischen Widerstand Einzelner*, großer Charaktere und Persönlichkeiten (wie Gâlâbov in Bulgarien oder Terray in der Slowakei), die in einer uns nicht mehr selbstverständlichen Weise ihre Sache mit ihrer Person verknüpften, oder die, an besonders abgeschnittenen Orten, ihre *Exzentrik* entwickelten. Von anderswo wird dagegen standhaftes business as usual berichtet, mühsam aufrecht erhaltener disziplinärer *Alltag* (in Zagreb etwa, und in Polen überhaupt), dem der kontinuierliche *Aufbau* in Slowenien durchaus verwandt scheint, beneidenswert fast der fröhliche *Neuanfang* in Albanien am Tag der Tagung selbst. Die Kraft, diese Zeit zu überstehen, und die Lust weiterzuwirken beziehen viele aus einer länger zurückliegenden Vor-Vergangenheit: je länger die Geschichte ist, desto geringer wiegen die letzten Jahrzehnte. Deshalb enthält dieser Band nicht nur die Geschichte von 1945 bis heute, sondern eigentlich die ganze Geschichte von den – möglichst weit zurückliegenden – *Anfängen* an: Ungarn sei stellvertretend genannt, und Tartu auch.

Für diese individuellen Reaktionen auf die allgemeine politische Lage gab es allgemeine Gründe, die nicht unbedingt politisch waren. Die geographische und kulturelle *Entfernung* von den Ländern des deutschen

Sprachraums, insbesondere der DDR, Österreich und – in deutlich geringerem Maß – der Bundesrepublik Deutschland legt es nahe, die Auslandsgermanistik von einer Anrainergermanistik (das Wort prägte Antal Mádl) oder einer Inlandsgermanistik (Rumänien) zu unterscheiden. Die jeweils anderen Kontakte zu den Ländern der Muttersprache lassen sich auch nur verstehen, wenn man die kulturgeschichtlichen Traditionen mitbedenkt: Mihály Vajda erinnert an den großen mitteleuropäischen Kulturraum und daß dessen *lingua franca* – mit Ausnahme der letzten vierzig Jahre – Deutsch gewesen sei. Deshalb und aufgrund seiner Neutralitätspolitik figurierte Österreich als Brücke und als Alternative zur DDR; als Symbol seiner Kultur- und Wissenschaftspolitik erweist sich das Warschauer Österreichische Kulturinstitut. Die Beziehungen zur DDR hingegen waren ungleichmäßig und konnten von fataler Nützlichkeit sein: nützlich, weil ihre Lektoren, Bücherspenden und Kongresse die Lage des Faches im Ausland lindern konnten, fatal, weil die relative Fremdheit im Land es den Auslandsgermanisten leichter machte, eine gewisse politische Distanz zu halten, wie dies kaum im Sinn der Germanisten aus Jena, Leipzig und Berlin sein konnte.

Auch daß das *Individuelle* solche Bedeutung erlangen kann, hat einen allgemeinen Sinn. Regelmäßig werden in den hier versammelten Beiträgen die großen Figuren in den Mittelpunkt der Fachgeschichte gerückt. Die einen waren nur im Ausland groß, wie Zygmunt Łempicki, dem gegenüber die polnische Germanistik in der Schuld stehe (Karol Sauerland), da sie ihn bis heute trotz seiner Bedeutung und seines Todes 1944 im KZ Auschwitz nicht recht aufgenommen habe. Die anderen prägten und prägen das Fach; oft haben sie im Ausland studiert und die dort gewonnenen methodischen Einsichten an Generationen von Studenten und Kollegen vermittelt (wie gerne möchte man über den immer wieder angedeuteten Einfluß von Scherer, der Berliner Schule oder auch der Geistesgeschichte in diesen Ländern mehr wissen). Zu den bedeutenden Gelehrten gehören Karl Kurt Klein (Jassy), Otokar Fischer und Eduard Goldstücker (Prag), Konstantin Gâlâbov (Sofia), Zdenko Škreb (Zagreb) wie auch Viktor Žirmunskij (Sankt Petersburg), aber auch Beiträger zu diesem Band, die sich, wenn sie über ihr Land sprechen, eher zurückhalten, und deshalb an dieser Stelle genannt seien: Antal Mádl, Alexander Michailow und Viktor Žmegač.

Soll man die Ideologisierung der Wissenschaft beklagen und daher vor allem anderen mit der internationalen Germanistik sich messen, oder einfach die kulturelle Aufgabe des Faches im jeweiligen Land neu definieren, das heißt: zuerst überhaupt seine Aufgabe als kulturelle auffassen? Was als Bildungsdebatte die deutsche Philologie in den letzten hundert Jahren bewegt hat, bestimmt auch hier die Frage nach der »Auslandsgermanistik«. Zwei deutlich und engagiert vertretene Auffassungen lassen

sich unterschieden. Die einen, denen etwa Victor Žmegač, Stefan Kaszyński und Pavel Petkov zuzurechnen sind, akzeptieren nur eine einzige Germanistik, deren Leistungen sich im internationalen Wettbewerb zu bewähren haben. Statt einer *Germanistik im Land* verlangen andere dagegen eine *Landesgermanistik*, die sich den nationalen Aufgaben, die ihr zukommen, stellt (so beispielsweise Karol Sauerland). Welche Unterrichtssprache man wählen soll (Deutsch: zugunsten der Sprachkenntnisse – oder die Landessprache, um das Niveau wissenschaftlichen Tuns zu heben und um Vertreter anderer Disziplinen zu integrieren), wie das Verhältnis von Sprach- und Literaturwissenschaft sich zu gestalten habe, inwiefern ein Germanist im kulturellen Leben, im Feuilleton, in öffentlicher Rede sich äußern soll, was unter einem »Germanisten« letztlich zu verstehen sei – an diesen Fragen scheiden sich die Geister.

Werden die Standpunkte auch dezidiert vertreten, so würden sich ihre Vertreter zur Recht wehren, ordnete man den einen die Kompetenz zu werten, den anderen das Wissen zu. Dieses komplizierte Verhältnis soll hier nicht weiter bedacht werden, auch wenn es die wissenschaftsgeschichtlichen Beiträge dieses Bandes selbst betrifft. Denn der Geschichtsdeutung treten regelmäßig Daten in einer unverhofften Fülle zur Seite. Der Leser wird so an der neuen Identitätsbestimmung ebenso teilnehmen können, wie er selbst auch Wege in dieses unbekannte Land zu nehmen Lust bekommen darf: die unzähligen Namen von Gelehrten und Dozenten ordnen sich zu einer Landkarte, ebenso die Titel von Publikationsorganen, die Namen von Zeitschriften und Verlagen, Titel von Veröffentlichungen, dazu die nötigen biographischen, bibliographischen und institutionengeschichtlichen Ergänzungen, schließlich – wenn er direkt und heute das Gespräch suchen möchte – auch die aktuellen Bezeichnungen und Adressen der germanistischen Institutionen.

Dank gebührt an erster Stelle dem Direktor des Deutschen Literaturarchivs, Ulrich Ott, und Reinhard Tgahrt, deren Neugierde die unsrige verstärkt hat, ebenso Erika Richter vom Stuttgarter Institut für Auslandsbeziehungen, die uns kräftige finanzielle Unterstützung vermitteln konnte und beim Knüpfen der Kontakte behilflich war; die Mitglieder der Projektgruppe des Marbacher Arbeitskreises für Geschichte der Germanistik rieten uns auf äußerst konstruktive und kollegiale Weise; zu Vorgesprächen waren unsere Marbacher Freunde Alexander Michailow, Rainer Rosenberg, Karol Sauerland und Viktor Žmegač eigens angereist, Stefan Kaszyński und Antal Mádl gaben manchen Hinweis; meine Mitarbeiterinnen Ilka Dobner und Karla Rommel setzten sich engagiert bei Planung und Durchführung des Kolloquiums ein, Birte Giesler und Reiner Kornetta redigierten diesen Band. Vor allem danke ich allen Beiträgern, und wünsche uns allen, daß dieses Buch jene vermittelnde Aufgabe erfüllen wird, die wir ihm zutrauen.

Geschichte, Wissenschaftspolitik, Kultur

GERT ROBEL

Das »sozialistische Lager« von 1948 bis 1990

Mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs begann in den Ländern Osteuropas ein gigantischer Transformationsprozeß, der dem sowjetischen Modell einer sozialistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung folgte. Es sollten nicht nur die agrarischen Gesellschaften in diesem Raum modernisiert und ihre Entwicklungsdefizite überwunden werden, damit sie das sozio-ökonomische Niveau der westlichen Industriegesellschaften erreichten, sondern sie sollten – so die programmatische Zielsetzung – deren Entwicklungsstand letztendlich übertreffen. Osteuropa wurde daher einem tiefgreifenden Strukturwandel unterworfen, um all die politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Probleme zu lösen, die diesen Raum seit Jahrhunderten belasteten. Dieser Transformationsprozeß ist mit hohen Kosten in allen Bereichen des öffentlichen und privaten Lebens verbunden gewesen. Er hat in einer Reihe von Bereichen der Bevölkerung beträchtliche Fortschritte gebracht, aber auch neue, drückende Lasten angehäuft. Die verheißene Erlösung der Menschheit hat er nicht näher gebracht, wohl aber viele Hoffnungen zerschlagen.¹

Bestimmt wurde dieser Transformationsprozeß von der Sowjetunion, die seit 1917 einem »sozialistischen« Modernisierungsmodell folgte.² Der Zweite Weltkrieg hatte das gesamte östliche und südöstliche Europa – mit Ausnahme Griechenlands – unter sowjetische militärische Kontrolle gebracht; Jugoslawien zeigte sich (bis 1948) als ebenso zuverlässiger wie militanter Weggefährte. Die Westmächte wurden de facto aus diesem Teil Europas ausgeschlossen, das ihnen in den Abmachungen von Jalta

¹ Grundlegend noch immer Gustav Wetter, *Dialektischer und historischer Materialismus*, Frankfurt/Main 1962.

² Die beste Überblicksdarstellung Georg von Rauch, *Geschichte der Sowjetunion*, 6. Aufl., Stuttgart 1977; zum Thema speziell Jörg K. Hoensch, *Sowjetische Osteuropa-Politik 1945–1975*, Kronberg/Taunus 1977; Gert Robel, »Osteuropa unter der Herrschaft Stalins. Vom Tode Stalins zur Ära Breshnew. Die RGW-Staaten seit 1953«, in: *Europa nach dem Zweiten Weltkrieg 1945–1982*, Frankfurt/Main 1983 (Fischer-Weltgeschichte Band 35), S. 225–291, 351–468.

im Februar 1945³ verbriefte Mitspracherecht erwies sich angesichts der sowjetischen militärischen Präsenz rasch als Leerformel.

Zur Stabilisierung dieser sowjetischen Hegemonie in Osteuropa haben in hohem Maße die nationalen kommunistischen und linkssozialistischen Eliten beigetragen; besonders die kommunistischen Parteien, deren Führung überwiegend Gruppen übernahmen, die nach der Befreiung ihrer Länder aus der Emigration in der Sowjetunion zurückkehrten, haben die führende Rolle bei dieser Umwandlung übernommen.⁴ Wenn sich auch aufgrund der Forschungslage heute noch nicht präzise sagen läßt, was der Eigeninitiative der nationalen kommunistischen Führungen und was Weisungen aus Moskau zuzuschreiben ist,⁵ so gebot doch allein die Interessenidentität dieser Partner – nämlich Realisierung kommunistischer Herrschaftssysteme in den jeweiligen Ländern – eine enge politische Kooperation. Den Protokollen der Kominform-Konferenz von Sklarska Poreba (22.–29.9.1947)⁶ zufolge besaßen bis zu diesem Zeitpunkt die nationalen Parteiführer einen sehr großen Entscheidungsspielraum.

Denn die Sowjetunion sah sich in ihrem Herrschaftsgebiet nicht nur mit sehr differenzierten sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen und politischen Traditionen der einzelnen Länder konfrontiert, die als »nationale Besonderheiten« in die Politik der jeweiligen kommunistischen Partei eingingen, sondern auch selbst zu einer gewissen Rücksichtnahme auf die nichtkommunistische Welt veranlaßt. Nach der Beendigung des Krieges war die Lösung der drängenden inneren Probleme vordringlich, deren gravierendstes die Rekonstruktion und Modernisierung der Volkswirtschaft bildete.⁷ Vordringlich war die Wiederherstellung der vom Krieg verheerten Gebiete, Umstellung der Produktion auf Friedenswirt-

³ D. S. Clemens, *Jalta*, Stuttgart 1972; vgl. auch: *Teheran, Jalta, Potsdam. Die sowjetischen Protokolle von den Kriegskonferenzen der »Großen Drei«*, hrsg. und eingel. von Alexander Fischer, 3. Aufl., Köln 1985.

⁴ Eine Fallstudie, die auch die nationalen Besonderheiten der drei Länder darlegt, gibt Wolfgang Diepenthal, *Drei Volksdemokratien. Ein Konzept kommunistischer Machtstabilisierung und seine Verwirklichung in Polen, der Tschechoslowakei und der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1944–1948*, Köln 1974.

⁵ Eine vorläufige Bestandsaufnahme, deren Ergebnisse anhand der Materialien der bei Abfassung der Studien noch unzugänglichen osteuropäischen Archive zu überprüfen sind, in: *Sowjetisches Modell und nationale Prägung. Kontinuität und Wandel in Osteuropa nach dem Zweiten Weltkrieg*, hrsg. von Hans Lemberg unter Mitwirkung von Karl Delhaes, Hans-Jürgen Karp und Heinrich Mrowka, Marburg/Lahn 1991 (Historische und landeskundliche Ostmitteleuropa Studien 7).

⁶ Gert Robel, »Die Entscheidung von Schreiberhau/Sklarska Poreba«, in: *Sowjetisches Modell und nationale Prägung* (Anm. 5), S. 286–305.

⁷ Vgl. Alec Nove, *An Economic History of the Soviet Union*, London 1969; W. Brus, »Postwar Reconstruction and Socio-Economic Transformation«, in: *Economic History of Eastern Europe*, hrsg. von M. Kaser und E. A. Radice, Bd. II, Oxford 1986, S. 495–641.

schaft, die Rückführung der Flüchtlinge und die Re-Integration der demobilisierten Soldaten. Dazu kam die notwendige Modernisierung der Produktionsstruktur durch Rationalisierung und Standardisierung, Einführung moderner Technologien und neuer Produktionszweige, die auch administrative Änderungen – u. a. Errichtung von GOSSNAB und GOSTECHNIKA als selbständige zentrale Institutionen⁸ – erforderlich machten. Auch nach dem überraschenden Ende des amerikanischen Lend-Lease-Programms im August 1945 und dem Ausbleiben der erhofften großen Auslandskredite⁹ suchte Moskau die Option westlicher Wirtschaftshilfe offen zu halten. Die intensive Ausbeutung der wirtschaftlichen Ressourcen und des technologischen Potentials der von ihr beherrschten Gebiete – sowohl der ehemaligen »Feindländer« wie der »befreiten« Staaten – brachte der Sowjetunion zwar eine gewisse Entlastung und insbesondere im Bereich der modernen Technologien einen wirklichen Gewinn,¹⁰ doch war sie angesichts der Dimensionen des Wiederaufbaus gering und tat der Sowjetunion bei den westlichen Staaten Abbruch: Die Ausbeutung der befreiten Gebiete erhöhte das Konfliktpotential zwischen den ehemaligen Verbündeten.

Der Interessengegensatz zwischen den Alliierten des Zweiten Weltkrieges wurde schon Anfang 1946 offenkundig.¹¹ Moskaus expansionistische Nahost- und Balkanpolitik, vor allem die Verweigerung des Rückzugs aus dem Norden des Irans,¹² die Pressionen gegenüber der Türkei und die Unterstützung des ESD, der Armee der griechischen Kommunisten,¹³ sowie die zunehmende Unterdrückung der nichtkommunistischen

⁸ Im Dezember 1947.

⁹ Die schwedischen, britischen und UNRAA-Kredite wurden als völlig unzureichend empfunden. Vgl. Robel (Anm. 2), S. 228.

¹⁰ Besonders aus der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und Österreichs sowie aus der Tschechoslowakei. Auch die »Gemischten Gesellschaften« – wie sie auch mit Jugoslawien gegründet worden waren – nutzten vorwiegend der Sowjetunion. Vgl. die Fallstudie von Jiří Kosta, »Die Eingliederung der tschechoslowakischen Volkswirtschaft in die Wirtschaft Osteuropas nach dem Zweiten Weltkrieg«, in: *Der Marshall-Plan und die europäische Linke*, hrsg. von O. N. Haberl und L. Niethhammer, Frankfurt/Main 1980, S. 265–286. Vgl. auch Wolfgang Zank, *Wirtschaft und Arbeit in Ostdeutschland 1945–1949. Probleme des Wiederaufbaus in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands*, München 1987 (Studien zur Zeitgeschichte 11), S. 58 ff.

¹¹ Stalins Wahlrede vom 9. Februar 1946, in der er von der Fortdauer des »antagonistischen Gegensatzes« zwischen Kapitalismus und Sozialismus sprach und zur Erhöhung der Verteidigungsbereitschaft aufforderte, dazu Churchills Rede in Fulton vom 6. März 1946, in der er leidenschaftlich für den Zusammenschluß Europas zur Abwehr der kommunistischen Bedrohung aufrief.

¹² Vgl. Dietrich Geyer, *Die Sowjetunion und Iran. Eine Untersuchung zur Außenpolitik der UdSSR im Nahen Osten 1917–1954*, Tübingen 1955, S. 63 ff.

¹³ George Kousoulas, *Revolution and Defeat. The Story of the Greek Communist Party*, London 1965; Christopher Montague Woodhouse, *Apple of Discord*, London 1948; ders., *The Struggle for Greece 1940–1949*, London 1976, bes. S. 170 ff.

Parteien in den sowjetisch besetzten Ländern beantworteten die USA mit der am 12. März 1947 verkündeten Truman-Doktrin, die allen von Kommunisten bedrohten Ländern – gemeint waren hier vor allem Griechenland, das am 3. März ein Hilfeersuchen an Washington gerichtet hatte,¹⁴ und die Türkei – die Hilfe der USA zusicherte. Damit war eine politische und militärische Konfrontation gegeben,¹⁵ die die internationale Politik bis Mitte der achtziger Jahre bestimmte. Die Verkündung des ERP-Programms durch George C. Marshall am 5. Juni 1947 schien noch eine Möglichkeit des Ausgleichs zu bieten, doch wurde sehr bald klar, daß die britische und französische Regierung gegen eine Beteiligung der Sowjetunion waren, aus Furcht, Moskau werde das gesamte Wiederaufbauprogramm zum Scheitern bringen.¹⁶

Als Folge dieser Distanzierung setzte sich in Moskau noch während der Verhandlungen in Paris, in der Molotov die Sowjetunion vertrat, auf der Politbüro-Sitzung vom 30. Juni die orthodoxe, klassenkämpferische Gruppe um Ždanov durch,¹⁷ am 2. Juli verließ die sowjetische Delegation die Marshall-Plan-Konferenz. Massiver Druck auf die osteuropäischen Regierungen – vor allem in Polen, der Tschechoslowakei und in Ungarn war Marshalls Initiative begrüßt worden – zwang diese dazu, sich dem sowjetischen Verzicht auf eine Teilnahme am ERP-Programm anzuschließen. Als »Ausgleich« sicherte sich Moskau die Ressourcen der osteuropäischen Volkswirtschaften, indem es die einzelnen Staaten durch oktroyierte bilaterale Handelsverträge eng an die Sowjetunion band.¹⁸

Die Machtübernahme des orthodoxen Flügels in Moskau, der den Primat des Klassenkampfes verfocht und die Unausweichlichkeit des militärischen Konflikts mit den »kapitalistischen« Ländern, wurde mit ihren innersowjetischen Konsequenzen der Weltöffentlichkeit spätestens durch Ždanovs Rede auf dem Moskauer Schriftstellerkongreß am 21. September 1947 verdeutlicht, er wirkte sich aber auch auf die anderen kommunistischen Parteien und ihre Politik aus: Auf der Kominformkonferenz von Sklarska Poręba (22.–29. September 1947) verpflichteten Ždanov und Molotov die osteuropäischen kommunistischen Parteien zur Machtergreifung in ihren Ländern.¹⁹ Als letzte Partei verwirklichte die tsche-

¹⁴ William Hardy McNeill, *Greece: American Aid in Action 1947–1956*, New York 1957.

¹⁵ Wilfried Loth, *Die Teilung der Welt. Geschichte des Kalten Krieges 1941–1955*, München 1980.

¹⁶ John Gimpel, *The Origins of the Marshall Plan*, Stanford 1976.

¹⁷ Vgl. Gavriel D. Ra'anan, *International Policy Formation in the USSR. Factional »Debates« during the Zhdanovschchina*, with a foreword by Robert Conquest, Hamden/Conn. 1983.

¹⁸ Eine Fallstudie gibt Holm Sundhausen: »Die Vorbereitung der sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung in Ungarn 1945–1948«, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas*, NF 28 (1980), S. 547–589.

¹⁹ Vgl.dazu Robel, »Die Entscheidung« (Anm. 6).

choslowakische KP im Februar 1948 das kommunistische Machtmonopol. Die schon zuvor kommunistischer Kontrolle unterworfenen²⁰ und nun gleichgeschalteten »Blockparteien« dienten nur noch einer demokratischen Camouflage.

Damit begann außenpolitisch die Phase des »Kalten Krieges«,²¹ dessen Anfang von schweren, kommunistisch gelenkten sozialen Erschütterungen in Frankreich und Italien gekennzeichnet war.²² Innerhalb des sowjetischen Herrschaftsbereichs wurden die einzelnen Staaten nun zu sowjetischen Befehlsempfängern, zu Satellitenstaaten, zugleich setzte unter Anwendung von Repression und Terror gegen die demokratische Opposition die offene Sowjetisierung der Staats- und Gesellschaftsordnung der osteuropäischen Länder ein, das heißt die forcierte Übernahme des sowjetischen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells.²³ Es hat für die Dauer von 40 Jahren die sozio-ökonomischen und politischen Grundstrukturen in Osteuropa bestimmt. Zwar wurden einige nationale »Besonderheiten« – in Polen etwa im Bereich der Agrarverfassung – von Moskau zugestanden, doch war Sorge getragen, daß diese das Machtmonopol und die »leninistische« Struktur der kommunistischen Partei und die Unterordnung unter die Moskauer Zentrale nicht beeinträchtigten.²⁴ Dies war bis zum Zusammenbruch der kommunistischen Regime unantastbar, auch wenn mit dem Beginn der Menschen- und Bürgerrechtsbewegungen sich eine allmählich erstarkende Opposition dagegen formierte.

Untrennbar mit dem kommunistischen Alleinherrschaftsanspruch war die Rezeption der herrschaftslegitimierenden Ideologie und des »geisti-

²⁰ Vgl. etwa die Ausführungen der ungarischen Delegation auf der Kominformkonferenz in: *Informacionnoe soveščanie predstavitelej nekotorych Kompartij v Polše sentjabrja 1947 g*, Moskva 1948, S. 256–279. Über die Methoden der Ausschaltung der nichtkommunistischen Opposition ebd., S. 203–232 (Referat Červenkovs über die Entwicklung in Bulgarien).

²¹ Eine ausgewogene Darstellung der Entstehungsgeschichte mit sorgsamer Wertung der apologetischen und revisionistischen amerikanischen Historiographie bei Jörg K. Hoensch, »Zielsetzungen sowjetischer Politik in Ostmitteleuropa 1944–1948 und der Ausbruch des »Kalten Krieges«. Versuch einer Synthese«, in: *Die böhmischen Länder zwischen Ost und West. Festschrift für Karl Bosl zum 75. Geburtstag*, hrsg. von Ferdinand Seibt, München und Wien 1983 (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 55), S. 328–340.

²² Wilfried Loth, »Frankreichs Kommunisten und der Beginn des Kalten Krieges. Die Entlassung der kommunistischen Minister im Mai 1947«, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 26 (1978), S. 9–65, hier S. 60 f.; K. Hänsch, *Frankreich zwischen Ost und West. Die Reaktion auf den Ausbruch des Ost-West-Konflikts 1945–1948*, Berlin und New York 1972, S. 109 ff.

²³ Ernst Birke und Richard Neumann, *Die Sowjetisierung Ostmitteleuropas. Untersuchungen zu ihrem Ablauf in den einzelnen Ländern*, Frankfurt/Main und Berlin 1957.

²⁴ Vgl. dazu die Beiträge in: *Sowjetisches Modell und nationale Prägung* (Anm. 5).

gen Überbaus«. Sie hatten in der Sowjetunion nach den kriegsbedingten Lockerungen erneut zentrale Bedeutung erlangt: Seit Herbst 1947 war hier eine ideologische Redisziplinierung im Gange, die die Wiederherstellung der geschlossenen sowjetmarxistischen Gesellschaft zum Ziel hatte, die Beseitigung der ideologischen Kriegsschäden. Ždanov trat aller »kapitalistischen Infiltration« rigoros entgegen, wobei er methodisch wie inhaltlich auf die Kulturpolitik der Jahre nach 1934 mit ihrer Uniformierung und Instrumentalisierung des Denkens zurückgriff. Die Kampagne richtete sich vor allem gegen die intellektuelle Führungsschicht. Die exemplarischen Maßregelungen von Künstlern wie Anna Achmatova, Šostakovič und Michail Soščenko, aber auch von ganzen Institutionen wie dem Juristischen Institut der Akademie der Wissenschaften der UdSSR wirkte nicht nur in Osteuropa abschreckend, sondern erregte auch im westlichen Ausland Aufsehen und Abscheu. Das Resultat war ein hypertropher Sowjetpatriotismus mit grotesken Nachweisen der historischen Progressivität und Überlegenheit des großrussischen Volkes unter partieller Leugnung der Realität.²⁵ Diese Umsetzung der Maxime des Morgensternschen Palmström, wonach nicht sein kann, was nicht sein darf,²⁶ hat der gesamten geistigen und kulturellen Entwicklung in der Sowjetunion und in den von ihr dominierten Ländern erheblich geschadet. Der Nachweis der Überlegenheit der Sowjetunion – und des »sozialistischen« Systems (womit die Satellitenstaaten partizipierten) – führte aber nicht nur zum intendierten Selbstwertgefühl, sondern mündete durch den Verlust der Relationen auch in eine monomane Selbstüberschätzung.

Die Übernahme des sowjetischen Systems in den osteuropäischen Staaten, ihre Sowjetisierung also, und ihre Unterstellung unter die Moskauer Zentrale – ihre Satellitisierung – wurden durch den Abfall Jugoslawiens erheblich beschleunigt. Titos Selbstständigkeitsbestrebungen sprengten die verlangte monolithische Geschlossenheit der kommunistischen Bewegung, die angesichts der Konfrontation mit den wirtschaftlich und militärisch überlegenen westlichen Staaten gefordert wurde. Da der widerspenstige Kroatier nicht zum Einlenken, das heißt zur Unterordnung bereit war, traf ihn das Moskauer Anathema: Im Sommer 1948 kam es zum ersten Bruch innerhalb des kommunistischen Hegemonialbereichs, der auch trotz aller Pressionen – Moskau zog seine Berater ab, stellte seine Wirtschaftshilfe ein, seine Satellitenstaaten folgten, so daß Jugoslawien in eine schwere wirtschaftliche Krise geriet, der es nur unter großen Opfern, nicht zuletzt dank einer einsichtigen amerikanischen Politik

²⁵ So wurde etwa die Relativitätstheorie bis zum Kiever Physikerkongreß 1959 offiziell verfehmt.

²⁶ Christian Morgenstern, »Die unmögliche Tatsache«, in: ders., *Alle Galgenlieder*, Leipzig 1944, S. 166.

Herr zu werden vermochte – nicht mehr beseitigt werden konnte; erst nach Stalins Tod gelangte man allmählich wieder zu einer – nicht ungeübten – Kooperation.²⁷

Dieser Abfall Titos, ein schwerer Schlag gegen die kommunistische Weltbewegung, führte in der Sowjetunion selbst zu einer politischen Wende, die durch den Sturz Ždanovs gekennzeichnet ist. Seine risikofreudige und konfliktverschärfende Außenpolitik – ihm wurde das Auslösen der Berlin-Krise 1948/49 angelastet, auch hatte er eine militärische Intervention in Jugoslawien gefordert²⁸ – hatte die Sowjetunion in eine höchst bedrohliche Konfrontation mit den USA geführt. Trotz des Triumphes Mao Zedongs in China und der Abrundung des westlichen sowjetischen Glacis mit der Proklamation der DDR konzentrierte Moskau angesichts des militärischen Kräfteverhältnisses seine Politik primär auf die Sicherung seines Besitzstandes. Der »Titoismus« bedeutete hierfür eine ernsthafte Gefährdung, und so kam es, während in der Sowjetunion »Kosmopolitismus« und »Zionismus« als Häresien verfolgt wurden, in den Satellitenstaaten zu massiven »Säuberungen« im Zeichen des Kampfes gegen alle Kommunisten, die verdächtig waren, nationalen Interessen den Vorrang vor gemeinkommunistischen einzuräumen, nicht vorbehaltlos ihr Land den sowjetischen Weisungen unterzuordnen. So verdiente kommunistische Führer wie Koci Xoxe in Albanien, Traičo Kostov in Bulgarien, László Rajk in Ungarn, Rudolf Slánský in der ČSR, Anna Pauker in Rumänien zählten zu den Opfern. Daneben nahm der Kampf gegen die Kirchen, die sich dem Totalitätsanspruch kommunistischer Machtausübung verweigerten, an Intensität zu: Bis Mitte der fünfziger Jahre hatte auch hier der kommunistische Staat obsiegt, den Kirchen blieb nur noch eine geduldete Nischenexistenz.²⁹ Alle herrschaftsgefährdende Opposition war zum Schweigen gebracht.

In den nun als »Volksdemokratien« firmierenden osteuropäischen Staaten vollzogen die kommunistischen Regierungen seit 1948 nach sowjetischem Vorbild die Umgestaltung aller Bereiche des öffentlichen Lebens zur »sozialistischen Gesellschaft«. Das brachte in den rückständigen Agrarländern Osteuropas auch sehr positive Resultate, etwa im Bereich des Bildungswesens, wo es gelang, des Analphabetismus Herr zu werden, und durch den Aufbau eines Gesundheitswesens. Und die Entwicklung

²⁷ Robert Bass und Elizabeth Marbury, *The Soviet-Yugoslav Controversy. A Documentary Record*, New York 1959; Adam B. Ulam, *Titoism and the Cominform*, Cambridge/Mass. 1952.

²⁸ Vgl. dazu: Ra'anán (Anm. 17).

²⁹ *Church and State behind the Iron Curtain. Czechoslovakia, Hungary, Poland, Rumania. With an Introduction on the Soviet Union*, hrsg. von Vladimir Gsovskij, New York 1955.

der Volkswirtschaft durch die forcierte Industrialisierung zog das Überangebot von Arbeitskräften aus dem Agrarsektor ab und milderte so das überkommene Problem der Landarmut. Negativ wirkten sich dagegen neben der administrativen Zentralisierung der nationalen Volkswirtschaften auch die autarkistischen Tendenzen aus, die einer arbeitsteiligen Differenzierung der Produktion hinderlich blieben und erst durch die Intensivierung des 1949 gegründeten Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe ab Mitte der sechziger Jahre allmählich überwunden werden konnten.³⁰ Und schließlich zeigte sich nach einer kurzen Phase des Enthusiasmus und hoher Wachstumsraten bald die negative Seite der Zentralverwaltungswirtschaft: Bürokratismus, Mangel an Flexibilität und Innovationsfreudigkeit sowie schwindende Leistungsbereitschaft und Arbeitsmoral und um sich greifende Korruption.

Der Tod Stalins am 5. März 1953 markiert eine tiefe Zäsur in der Geschichte Osteuropas und einen Umbruch der Entwicklungslinien. Mit ihm verlor nicht nur die Sowjetunion, sondern die gesamte kommunistische Bewegung überhaupt ihre Identifikationsfigur und den Garanten für den »Sieg des Sozialismus«.³¹ Dieser Verlust war aber zugleich eine Chance, dem erstarrenden System neue Impulse zu geben. Sie ist letztlich genutzt worden. Da kein designierter Nachfolger vorhanden war, präsentierte sich die Parteispitze angesichts der unausgetragenen Rivalitäten als »kollektive Führung«, um angesichts der inneren Labilität und der Unwägbarkeit westlicher Reaktionen auf den Tod des Diktators ein Höchstmaß an Zusammenhalt und Einmütigkeit zu demonstrieren. Die notwendige Unterstützung der Bevölkerung fand man dank der Inaugurationsgabe des »neuen Kurses«. Malenkov gab bereits am 1. April 1953 Preisreduzierungen von durchschnittlich 10% (z. T. bis 50%) bekannt, und am 8. August beschloß der Oberste Sowjet vermehrte Investitionen im Konsumgütersektor.³² Wesentlich aber war das Bemühen um eine neue Dynamik im verkrusteten Verwaltungssozialismus.

Dieser Kurswechsel brachte nicht nur eine Erhöhung des Lebensstandards der Bevölkerung, die zu einer Konsensbildung von Bevölkerung und neuer Führung und zu einem Motivationsschub beitrug, er wirkte sich auch im geistigen Leben des Landes aus und sicherte den Reformern die Unterstützung der intellektuellen Elite des Landes. Im Sommer 1953 begann jene Entwicklung, die nach Ehrenburgs Kurzroman als »Tauwet-

³⁰ Werner Bröll, *Comecon (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe). Der Integrationsversuch sozialistischer Planwirtschaften*, München 1975.

³¹ Zu den Auswirkungen von Stalins Tod in den osteuropäischen Ländern siehe Karel Kaplan, *Die Überwindung der Regime-Krise nach Stalins Tod in der Tschechoslowakei, in Polen und in Ungarn*, Köln 1986.

³² *Pravda*, 9.8.1953.

ter«³³ bezeichnet wird. Sie führte trotz harten »Zwischeneiszeiten« zu einer langsam wachsenden Emanzipation der intellektuellen und künstlerischen Eliten des Landes, bis Suslov Mitte der sechziger Jahre eine erneute Phase ideologischer Restriktionen zur Abwehr unerwünschten Denkens einleitete.

In den Satellitenstaaten wuchs nach dem Tod des alles beherrschenden Stalin die Bedeutung seiner nationalen Satrapen, denen seitens der Moskauer Zentrale im Zeichen der kollektiven Führung erweitertes Gehör zugebilligt wurde. Hier begann der langsame und schwierige, oft von Rückschlägen unterbrochene Weg zur zunehmenden Selbständigkeit der einzelnen sozialistischen Länder. Die lange Dauer der moskauinternen Auseinandersetzung um die Nachfolge des Diktators erleichterte diesen Emanzipationsprozeß noch, wenngleich Moskau versuchte, seine Führungsrolle durch die Einbindung der einzelnen kommunistischen Staaten durch die bilateralen wirtschaftlichen und militärischen Verträge zu behaupten und später die sozialistischen Länder in die sowjetisch dominierten supranationalen Institutionen, den Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe und die Warschauer Pakt-Organisation (gegründet 1955)³⁴ einzubinden.³⁵ Zur Herrschaftsstabilisierung wurde auch in den Volkdemokratien der »neue Kurs« eingesetzt, lediglich der intransigente Ulbricht verweigerte sich trotz aller Vorstellungen beharrlich. Er beschwor damit eine Krise der DDR herauf, die im Aufstand des 17. Juni 1953 kulminierte. Zwar rettete ihn und das SED-Regime das militärische Eingreifen der sowjetischen Besatzungstruppen, doch durften die Reformkräfte in dieser Eruption eine Bestätigung der Notwendigkeit ihrer Politik erblicken.

Die Abkehr vom Stalinismus, zu dem auch die seit 1954 einsetzende Rehabilitierung seiner Opfer zählte, fand in Chruščevs »Geheimrede«³⁶ auf dem XX. Parteitag im Februar 1956 ihren ersten Höhepunkt. Für die Sowjetunion brachte sie, euphemistisch als »Kampf gegen den Personenkult« deklariert, den Sieg der Reformkräfte um Chruščev. In Polen und Ungarn jedoch führte diese Systemkritik zur Systemkrise. Die polnischen

³³ »Ottepel«. Er erschien im Frühjahr 1954 in: *Znamja* 24 (1954), No. 5, S. 17–87, als Monographie Moskau 1956; vgl. Alexander Steininger, *Literatur und Politik in der Sowjetunion nach Stalins Tod*, Wiesbaden 1965 (Veröffentlichungen des Osteuropa-Institutes München 26), S. 35 ff. Dort die Entwicklung der sowjetischen Literatur bis 1963.

³⁴ M. Czismas, *Der Warschauer Pakt*, Bern 1972; Gottfried Zieger, *Der Warschauer Pakt*, Hannover 1974.

³⁵ Eine gute Übersicht der Entwicklung bis Ende der siebziger Jahre bei C. Jones, *Soviet Influence in Eastern Europe. Political Autonomy and the Warsaw Pact*, New York 1981.

³⁶ Ihr Inhalt war nur den Führungskadern der Partei zugänglich, sie wurde nicht veröffentlicht, allerdings wurde der Text der westlichen Welt vermittelt.

Kommunisten konnten sie durch die gegen erhebliche sowjetische Bedenken durchgedrückte Wiedereinsetzung des 1949 als »Titoisten« entfernten Nationalkommunisten Gomulka als Generalsekretär der Partei (19. Oktober 1956) abfangen,³⁷ in Budapest eskalierte die Situation jedoch: Imre Nagy wurde von einer antisowjetischen Bewegung mitgerissen und erklärte Ende Oktober Ungarns Neutralität und den Austritt seines Landes aus dem Warschauer Pakt. Die militärische Intervention der Sowjetarmee zugunsten einer sowjetorientierten kommunistischen »Gegenregierung« konnte den Abfall zwar rückgängig machen und dem willfährigen Regime zur Macht verhelfen,³⁸ doch war der außenpolitische Schaden groß, sowohl bei linken westlichen Intellektuellen wie in der Dritten Welt. Vor allem aber versetzte sie der »Entspannungspolitik« einen Rückschlag.

Schon bald nach Stalins Tod hatte Moskau das Lenin zugeschriebene »Prinzip der friedlichen Koexistenz« entdeckt, mittels dessen es die direkte Konfrontation mit den NATO-Staaten abzubauen suchte. Der Abschluß des österreichischen Staatsvertrags am 15. Mai 1955 und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland nach Adenauers Moskau-Besuch im Oktober des gleichen Jahres waren Bekundungen dieses Entspannungswillens, dessen Grenzen allerdings schon auf der Genfer Konferenz (18.–23. Juli 1955) offenkundig geworden waren.³⁹ Diese Politik der Détente wurde von intensiven Bemühungen begleitet, nach Titos Beispiel und mit dessen Hilfe Unterstützung in der Dritten Welt zu gewinnen, um sich angesichts des militärischen Patts zwischen den beiden Machtblöcken auf diplomatischer Ebene Vorteile in der Auseinandersetzung mit dem Westen zu verschaffen. Die Teilnahme der Sowjetunion an der Bandung-Konferenz des Jahres 1955 und die Reise Chruščevs und Bulganins nach Indien und Birma schreckten zwar die westliche Welt auf, doch die RGW-Staaten konnten besonders in Afrika, aber auch in der arabischen Welt (Südjemen, Syrien, Libyen und Algerien) in den sechziger und siebziger Jahren Erfolge erzielen.⁴⁰ Sie forderten allerdings Leistungen, die die Wirtschaft der osteuropäischen Staaten erheblich belasteten, nach 1988 sind sie dann als Fehlinvestitionen rasch liquidiert worden. Insgesamt aber war die Politik Chruščevs gegenüber den Westmächten trotz der Berlinkrise des Jahres 1959 und dem Bau der Berliner Mauer am 13. August 1961, trotz U-2-Affäre

³⁷ K. Syrop, *Spring in October. The Polish Revolution of 1956*, London 1957.

³⁸ *The Hungarian Revolution*, hrsg. von M. J. Lasky, New York 1958; P. E. Zinner, *Revolution in Hungary*, New York 1962.

³⁹ David J. Dallin, *Soviet Foreign Policy after Stalin*, Westport/Conn. 1961.

⁴⁰ *Soviet and Chinese Influence in the Third World*, New York, Washington und London 1975.

samt wohlkalkuliertem spektakulären Auftritt auf der UNO-Vollversammlung im Oktober 1960 von streng kontrollierter Risikobereitschaft und -bewußtheit gekennzeichnet, wie die Cuba-Krise 1962 zeigte.⁴¹

Die Détente-Politik stieß jedoch bald auf Schwierigkeiten im eigenen Lager. Das Eingeständnis der Verbrechen des Stalinismus hatte die Glaubwürdigkeit der Unfehlbarkeit der Moskauer Zentrale zerstört; Togliattis Forderung eines »Polyzentrismus« der kommunistischen Bewegung, nach Berücksichtigung der nationalen Besonderheiten bei der Ausformung kommunistischer Politik, führte schließlich zu einem Mitspracherecht der einzelnen kommunistischen Parteien. Die von Chrusčev unter dem Schlagwort »Gleichberechtigung« initiierte Beteiligung der Volksdemokratien an der Entscheidungsfindung versetzte Moskau aus seiner bis dahin (außer von Belgrad) unbestrittenen Alleinführungsrolle in den Status eines *primus inter pares*. Ein Mitspracherecht wurde vor allem von China beansprucht, das gegen Ende der fünfziger Jahre an die zweite Stelle der Hierarchie kommunistischer Länder aufgestiegen war. Doch während Moskau politisch auf den »Leninismus« zurückgegriffen hatte, hielt die chinesische Führung, deren Land einen erheblich niedrigeren sozio-ökonomischen Entwicklungsstand, den eines Entwicklungslandes aufwies, am Stalinismus und dem Primat des »Klassenkampfes« fest. An der Entspannungspolitik entzündete sich der Konflikt.⁴² Mit der Radikalität des Habenichtss forderte Mao Zedong einen militanten Konfrontationskurs gegenüber den USA, ein Vabanquespiel, dem sich der Kreml in Kenntnis der Risiken eines atomaren Krieges verweigerte. 1962 kam es zum offenen Bruch zwischen den beiden kommunistischen Rivalen, der Streit eskalierte bis hin zu den Kämpfen am Ussuri und an der kasachischen Grenze im Jahre 1969. Dieses erzwungene Engagement Moskaus an seiner ostasiatischen Grenze erleichterte den osteuropäischen Staaten die Emanzipation. Im europäischen Vorfeld ging Albanien, in dem Enver Hoxha unbeirrt am Stalinismus festhielt, ganz verloren,⁴³ wurde zum Mitkämpfer Pekings, die Sowjetunion büßte damit ihren wichtigen Flottenstützpunkt in der Adria ein. Aber auch Rumänien suchte zunehmend eigene Wege,⁴⁴ besonders unter Ceauşescu, der nach

⁴¹ Am 28. Oktober zog die Sowjetunion nach massiven Drohungen Kennedys ihre Raketen von Cuba ab.

⁴² Zum sino-sowjetischen Konflikt Edward Crankshaw, *The New Cold War. Moscow vs. Peking*, Baltimore 1963; Adam B. Ulam, *Expansion and Coexistence. The History of Soviet Foreign Policy*, New York 1968, S. 619–621.

⁴³ William Griffith, *Albania and the Sino-Soviet Rift*, Cambridge/Mass. 1963; Peter R. Pifti, *Albania and Sino-Soviet Relations*, Cambridge/Mass. 1971.

⁴⁴ Stephen Fischer-Galati, *The Socialist Republic of Rumania*, Baltimore 1969; J. Levesque, *Le conflit sino-soviétique et l'Europe de l'Est. Ses incidences sur les conflits soviéto-polonais et soviéto-roumain*, Montreal 1970.

Gheorghiu-Dejs Tod (19.3.1965) die Nachfolge als Parteiführer angetreten hatte.⁴⁵ Das Verhältnis Moskau-Bukarest hatte sich spürbar verschlechtert, nachdem sich Rumänien 1962 weigerte, den auf der XV. RGW-Tagung in Warschau vorgelegten sowjetischen Plan einer arbeitsteiligen Spezialisierung der nationalen Volkswirtschaften zu akzeptieren. Er hätte dem Lande – ebenso wie Ungarn und Bulgarien – die Rolle eines bloßen Agrarproduzenten zugewiesen. Die Rumänen machten zu Recht geltend, daß damit ihr Kapitalaufkommen relativ zu jenem der als Industrieländer vorgesehenen Staaten – neben der Sowjetunion Polen, die Tschechoslowakei und die DDR – immer mehr zurückbleiben mußte, obwohl gerade die schwächer entwickelten Länder einen höheren Kapitalbedarf besaßen. Bukarest erzwang damit die Erarbeitung einer neuen Konzeption, die diese Integrationsbemühungen beträchtlich verzögerten. Der Bukarester Alleingang bei der Anerkennung der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1967 (gegen den erbitterten Widerstand der DDR), der ihm massive Schelte aus Moskau einbrachte, war nur eine weitere Demonstration rumänischer Unabhängigkeit.

Entscheidend für das Schicksal des »real existierenden Sozialismus« aber blieb der Vergleich mit den westlichen Industrieländern. Wenn die sozialistische Mangelgesellschaft überwunden, gar der Wettbewerb mit dem Kapitalismus gewonnen werden sollte, bedurfte es gründlicher Reformen und Mobilisierung der Reserven. Chruščev, der vom »Gulaschkommunismus« gesprochen hatte, bemühte sich mit untauglichen Mitteln, die landwirtschaftliche Produktion⁴⁶ zu heben und die Lebensmittel- und Konsumgüterversorgung der Bevölkerung zu verbessern. Seine Experimente schlugen fehl, am 14. Oktober 1964 entsetzte ihn das Politbüro seines Amtes. Die von Ministerpräsident Kossygin durchgeführte Wirtschaftsreform, die Erfahrungen der DDR-Wirtschaftspolitik berücksichtigte und einige zentrale Kompetenzen verlagerte, verbesserte die ökonomische Situation und führte zu einer vorübergehenden Entspannung im Wirtschaftsbereich.⁴⁷

Sie war eng mit einer Öffnung gegenüber dem Westen verbunden. Das Zugeständnis der »Gleichberechtigung« der RGW-Staaten hatte den osteuropäischen Staaten erlaubt, im Gegensatz zur Stalinzeit eigene ökonomische Präferenzen zu setzen. Seit Anfang der sechziger Jahre begannen sie, in steigendem Maße westliche Ausrüstungen und Technologie zu importieren, um ihrer stagnierenden Volkswirtschaft aufzuhelfen. Dies

⁴⁵ Zum Aufstieg Ceauşescu und seinen ersten Herrschaftsjahren vgl. D. Catchlove, *Romania's Ceauşescu*, Kent 1972.

⁴⁶ Das Agrarproblem der RGW-Länder bei K.-E. Wädekin, *Sozialistische Agrarpolitik in Osteuropa*, Berlin 1974.

⁴⁷ Alec Nove, *The Soviet Economic System*, London 1977.

führte zu einer allmählichen Veränderung der terms of trade: Die Notwendigkeit der Devisenbeschaffung für Technologie-Importe zwang zu wachsenden Exporten in nichtsozialistische Länder, Polen und Rumänien verschuldeten sich durch ebenso ehrgeizige wie verfehlte Investitionsprogramme dabei bei den westlichen Industrienationen stark. Die hier zutagetretenden nationalen Egoisten, die vom Intra-RGW-Wettbewerb beeinflusst waren, haben den Integrationsbemühungen des »sozialistischen Lagers« Abbruch getan, doch hat sich seit den sechziger Jahren ein RGW-Binnenmarkt entwickelt. Stabilisierende Faktoren waren dabei die Energie- und Rohstofflieferungen der Sowjetunion, die weit unter Weltmarktpreisen erfolgten und den Importländern beträchtliche Gewinne ermöglichten.

Die Intensivierung der Kontakte mit dem Ausland, zu der auch die Entwicklung der devisenträchtigen Tourismusbranche gehörte,⁴⁸ ließ sich nicht auf den bloßen kommerziellen Bereich beschränken. Insbesondere in Polen wurde seit Ende der fünfziger und Anfang der sechziger Jahre westliches Denken rezipiert, wobei der Nationalökonomie auf ihrer legitimierten Suche nach Reformmöglichkeiten eine Art Schrittmacherrolle zufiel. Von den polnischen Wirtschaftswissenschaftlern (Oskar Lange) gingen Impulse nach Ungarn und der Tschechoslowakei, aber auch in die Sowjetunion (Lieberman) aus. Die Suche nach neuen, effektiveren Methoden im volkswirtschaftlichen Bereich, nach wirksameren makro- und mikroökonomischen Modellen bildete jedoch nur einen, wenn auch legitimierenden Teilbereich der Rückkehr zur traditionellen Westorientierung der polnischen Intelligenz.⁴⁹ Sie hat – insgesamt und auf Dauer gesehen – die kritische Distanz der geistigen Elite zum System und ihre Abkehr vom parteilichen Konformismus gefördert, indem die intellektuelle Führungsschicht die gesellschaftlichen und schließlich auch die politischen Defizite des Systems artikuliert und Wirklichkeiten sichtbar machte, die die Parteielite und die mit ihr Verbundenen nicht wahrhaben wollten oder – weil unfähig, sie zu beheben – gar verdrängten. Die polnische Entwicklung hat zumindest partiell, analog zum ökonomischen Denken, wenigstens als Vorbild die geistige Entwicklung in den anderen osteuropäischen Staaten beeinflusst, besonders in der Tschechoslowakei, in der die Prager Kafka-Konferenz des Jahres 1963 einen Markstein der Emanzipation darstellte, und später auch in Ungarn. Die geistige Elite Osteuropas hat damit ideell wesentlich zur – ökonomisch unerläßlichen – Überwindung des Systems und der gesellschaftlichen Fehlentwicklungen beigetragen, wenn auch die »sozialistische« Gesell-

⁴⁸ Besonders in Rumänien und Bulgarien, auch Ungarn (seit 1963).

⁴⁹ Ein Überblick bei Peter Raina, *Political Opposition in Poland 1945–1977*, London 1977.

schaft bis Ende der siebziger Jahre grundsätzlich nicht in Frage gestellt werden durfte. In der Tschechoslowakei hat diese Kritik in der Auseinandersetzung mit der spätstalinistischen Herrschaftspraxis Antonín Novotnýs auch große Teile der Parteilite erfaßt, die Reformbewegung des Jahres 1967 mündete schließlich in den »Prager Frühling«, der seinen Ausdruck im »Manifest der 2000 Worte« und in der Forderung nach einem »demokratischen Sozialismus« fand, also eine Absage an das sowjetische Vorbild und damit an die Moskauerorientierung bedeutete. Das war mehr, als Moskau zu dulden gesonnen war; die durch die sogenannte Brežnev-Doktrin »legitimierte« Intervention der Warschauer-Pakt-Staaten – nur Rumänien verweigerte sich – erstickte diesen Reformversuch, die Integrität der Moskauer Hegemonialsphäre blieb gewahrt, das Imperium unversehrt.⁵⁰ Allerdings war es ein Pyrrhussieg: Kein Jahrzehnt später sahen sich die ideologischen Wächter der Parteien erneut mit den Herausforderungen nichtkonformen Denkens konfrontiert – diesmal aber beschränkten sie sich nicht auf ein Land, sondern ergriffen schließlich ganz Osteuropa.

Es hat bei dieser Emanzipation der intellektuellen Eliten erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern gegeben. Neben den von Suslov, dem ideologischen Papst der sowjettreuen Kommunisten, geführten Gralshütern des Marxismus-Leninismus in Moskau zeichnete sich etwa die angespannt um Abgrenzung gegenüber der Bundesrepublik Deutschland bemühte DDR durch besondere Prinzipienfestigkeit aus. Auch Bulgarien blieb getreuer Vasall Moskaus. Rumänien gar tendierte zu einer nationalen Wiedergeburt des Stalinismus in Ceauşescuscher Fassung, und in der Tschechoslowakei gelang es der grauen Eminenz Bilak, unerwünschtes Denken bis Mitte der siebziger Jahre zu unterdrücken. Im abtrünnigen Albanien, seit der amerikanisch-chinesischen Annäherung gänzlich isoliert, erstickte Hoxhas eiserne Faust, die berüchtigte Geheimpolizei, alle Opposition schon im Ansatz.

Der Wandel hing auch hier letztlich von Moskau ab. Als entscheidendes Stimulans wirkte die »materielle Interessiertheit«, das heißt in diesem Falle die Reduzierung der drückenden Rüstungsausgaben, dieses toten Kapitals. Daran waren sowohl die östliche⁵¹ wie die westliche Vormacht interessiert.⁵² Das SALT-I-Abkommen des Jahres 1972 war ein erster Schritt zum Abbau dieser Lasten und des beiderseitigen Mißtrauens,

⁵⁰ Galia Golan, *The Czechoslovak Reform Movement. Communism in Crisis, 1962–1968*, London 1971; *The Soviet Invasion of Czechoslovakia. Its Effects on Eastern Europe*, hrsg. von E. J. Czerwinski und J. Piekalkiewicz, New York 1972.

⁵¹ Alexander Yanov, *Détente after Brezhnev. The Domestic Roots of Soviet Foreign Policy*, Berkeley/Calif. 1977.

⁵² Wilfried Loth, »Der schwierige Weg zur Entspannung«, in: *Europa nach dem Zweiten Weltkrieg 1945–1982* (Anm. 2), S. 469 ff.

1979 wurde dann in Wien das SALT-II-Abkommen unterzeichnet. Nachdem die Deutschlandfrage im Sinne einer Befestigung des Status-quo mit den Verträgen von Warschau und Berlin 1970/71 gelöst schien, war der Weg zu weiterreichenden harmonisierenden und vertrauensbildenden Maßnahmen zwischen Ost und West frei. Die KSZE-Konferenz in Helsinki bildete einen Meilenstein auf diesem Weg. Sie formulierte aber in Korb 3 des Abkommens grundlegende Menschenrechte, zu deren Einhaltung sich auch die osteuropäischen Staaten verpflichteten. Auf eben jene Menschenrechte, besonders auf das der Meinungsfreiheit aber beriefen sich bald die nichtkonformistischen Kräfte in den orthodoxen sozialistischen Ländern, in der Tschechoslowakei organisierten sie sich als »Charta 77«, in der Sowjetunion wurde Andrej Sacharow ihr Symbol, in der DDR Robert Havemann. Die Samizdat-Literatur – die durch die Tamizdat-Literatur unterstützt und bestärkt wurde – bildete das Forum dieser kritischen Auseinandersetzung mit dem sozialistischen System sowjetischer Prägung.⁵³ Zwar suchten die Parteiführungen diese Entwicklung zu unterdrücken – so wurden 1978 in der UdSSR die Ansätze zur Bildung unabhängiger Gewerkschaften zerschlagen, Sacharow wurde in Gorkij,⁵⁴ Havemann in Ostberlin isoliert, die Sprecher der »Charta 77« immer wieder in Haft genommen –, aber den staatlichen Repressionen waren durch die Proteste des westlichen Auslandes gewisse Grenzen gesetzt.

Denn man bedurfte der westlichen Kapitalhilfe in steigendem Maße. Die diversen Versuche der sechziger und siebziger Jahre in den einzelnen RGW-Staaten, durch Reformen der Wirtschaftsorganisation, auch durch Einführung des »Prinzips der materiellen Interessiertheit« die Misere zu überwinden, hatten das Grundproblem der Zentralverwaltungswirtschaft (von den Kritikern später als »Kommandowirtschaft« apostrophiert), permanente Fehlallokation der Ressourcen und zu geringe Effektivität, nicht beseitigen können.⁵⁵ Zwar hatte die Sowjetunion ihre geradezu zyklische Rezession⁵⁶ im zweiten Jahrfünft der sechziger Jahre

⁵³ Samizdat (russ.): Literatur im Selbstverlag, das heißt nicht in den staatlichen Verlagen publizierte Untergrundliteratur; tamizdat: im Ausland publizierte Literatur, die in der Sowjetunion nicht publiziert werden durfte und illegal ins Land gebracht wurde.

⁵⁴ Heute wieder Nižnij Novgorod.

⁵⁵ Vgl. Hermann Clement, *Die wirtschaftliche Entwicklung im RGW in den 70er Jahren. Eine Bilanz der Erfolge und Mißerfolge*, München 1982 (Arbeiten aus dem Osteuropa-Institut München 86); *Crisis and Reform in Socialist Economies*, hrsg. von Peter Gey u. a., Boulder/Col. 1987.

⁵⁶ In der UdSSR tauchten seit den fünfziger Jahren geradezu zyklisch im zweiten Jahrfünft einer Dekade Rezessionen auf. – Ich danke diese wie auch die folgenden wirtschaftlichen Angaben meinem Kollegen Wolfram Schrettl. Vgl. auch Wolfram Schrettl, *Ein Modell sozialistischer Wachstumszyklen*, München 1980; ders. und Volkhart Vincentz,

überwinden und zu Beginn der siebziger Jahre dank der durch die Erdölkrise 1971–1973 verursachten Preissteigerungen erhöhte Gewinne bei ihren Erdöl- und Erdgasexporten in die westlichen Länder erzielen können, die einen erneuten Technologie-Import ermöglichten, doch die zusätzlichen Gewinne während der zweiten Erdölkrise 1978/79 reichten nur noch zur Deckung des wachsenden Defizits aus. Auch in den anderen Volkswirtschaften der RGW-Staaten sanken die Wachstumsraten, die Verschuldung in konvertiblen Währungen⁵⁷ erreichte besorgniserregende Höhen, für Rumänien betrug sie zu Beginn der achtziger Jahre etwa 20 Mrd. \$, in Polen stieg sie noch vor dem Zusammenbruch des Regimes auf über 30 Mrd. \$. Um die Wende des Jahrzehnts wurde immer deutlicher, daß man der Krise nur mit westlicher Hilfe Herr werden konnte. Westliches ökonomisches Wohlwollen aber bedurfte östlichen humanen Wohlverhaltens.

Der Abbau des Ost-West-Konfliktes hatte freilich seine Grenzen, zumal die Brežnev-Führung weiterhin auf dem Postulat der militärischen Überlegenheit beharrte⁵⁸ und damit an der bevorzugten Förderung der Rüstungsindustrie, was das westliche Mißtrauen wachhielt. Dementsprechend verliefen die als weitere vertrauensbildende Maßnahmen betrachteten Abrüstungsverhandlungen äußerst schleppend und kamen nicht voran. Die sowjetische Militärintervention in Afghanistan Ende 1979⁵⁹ schürte das westliche Mißtrauen gegenüber der Zuverlässigkeit sowjetischer Entspannungsbeteuerungen erheblich, zumal die Sowjetunion und ihre Verbündeten den kommunistischen Regimen in Angola, Mozambique und Äthiopien militärische Hilfe leisteten. Andererseits zwang diese aggressive Außenpolitik die sozialistischen Staaten zu zusätzlichen wirtschaftlichen und finanziellen Anstrengungen.

Diese expansionistische, auf Ausbreitung des sozialistischen Systems und damit auf Herrschaftserweiterung⁶⁰ abzielende Außenpolitik Brežnevs, zu deren Kosten selbstverständlich auch die anderen RGW-Staaten beizusteuern hatten, stand im krassen Gegensatz zur innenpolitischen Situation in den kommunistischen Staaten. Die Ideologie hatte längst ihre Überzeugungskraft eingebüßt, nach sechzig Jahren Sozialismus

Strukturentwicklung der sowjetischen Wirtschaft und deren Rückwirkung auf den Außenhandel, Bd. I–II, München 1981.

⁵⁷ Die RGW-Währungen waren nicht frei konvertibel.

⁵⁸ Ein Überblick über das atomare Potential der beiden Machtblöcke bei Loth, *Europa in der Weltpolitik* (Anm. 52), S. 498, 503–504.

⁵⁹ *Die sowjetische Intervention in Afghanistan. Entstehung und Hintergründe einer weltpolitischen Krise*, hrsg. von Heinrich Vogel, Baden-Baden 1980.

⁶⁰ Die afrikanischen Staaten waren de facto von der Sowjetunion und den anderen osteuropäischen Staaten abhängig, die kommunistisch orientierten Regime kollabierten denn auch nach dem Rückzug der Sowjets rasch.

hinkte die Sowjetunion wirtschaftlich hoffnungslos hinter den westlichen Industrienationen her, von den immer wiederholten und nie erfüllten, abgegriffenen Versprechungen ging keine Motivation mehr aus, das soziale Wertesystem hatte seine Gültigkeit verloren. Die Korruption hatte in der Oberschicht ein solches Ausmaß erreicht, daß schließlich der KGB unter Andropovs Führung eingriff – er scheute auch vor Brežnevs Umgebung nicht zurück. Nicht nur die Wirtschaft, sondern auch die Sozialmoral war gefährdet – und damit das ganze System.

Dies wurde in Polen in zunehmendem Maße sichtbar. Die verfehlte Wirtschaftspolitik des 1970 als Reformers angetretenen Edward Gierek mit ihrer enormen Auslandsverschuldung führte das Land in eine tiefe Krise,⁶¹ in deren Verlauf die mühsam unterdrückten oppositionellen Kräfte, die sich um die *Solidarność* formierten, mehr und mehr die Oberhand gewannen. Den dadurch drohenden Abfall Polens aber gedachte Moskau nicht hinzunehmen, eine schwere internationale Krise bahnte sich an. Als am 12. Dezember die Opposition zum Generalstreik aufrief, griff die Regierung des Generals Jaruzelski zur *ultima ratio* und verhängte den Ausnahmezustand über das Land. Die politische Krise war damit liquidiert – ihre sozialen und wirtschaftlichen Ursachen aber bestanden fort. Doch Polen war nur ein augenfälliges Exempel, die wirtschaftliche Situation steuerte auch in den anderen RGW-Staaten auf einen Kollaps zu.

Noch verhinderte jedoch die wirtschaftliche Abhängigkeit von der und die militärische Bindung an die Sowjetunion nationale Alleingänge. In Moskau trat nach Brežnevs Tod überraschend der KGB-Chef Andropov die Nachfolge an, ein Zeichen, daß sich auch unter den höheren Funktionären mehrheitlich die Überzeugung von der Notwendigkeit einer inneren Erneuerung als Voraussetzung für eine neue Dynamik durchsetzte. Andropov suchte sie durch eine moralische Erneuerung, eine Wiederbelebung der alten »bolschewistischen Tugenden« zu erreichen. Sein früher Tod beendete diesen Versuch. Erst als nach dem kurzen Interludium Červenkos Andropovs Protegé Gorbatschov⁶² im März 1985 ganz überraschend die Führung von Partei und Staat übertragen wurde, ging die Parteispitze an grundlegende Reformen.

Denn der Anschluß an die wissenschaftliche, technologische und wirtschaftliche Entwicklung der westlichen Industrienationen, den die sozialistischen Länder zur Erhaltung ihrer Konkurrenz- und damit Selbstbe-

⁶¹ Vgl. den Überblick: »Polen«, in: *Sozialismus und Industrialisierung*, hrsg. von Peter Gey, Jiří Kosta und Wolfgang Quaisser, Frankfurt/Main und New York 1985, S. 97–155.

⁶² D. Murarka, *Michail Gorbatschow. Die Grenzen der Macht*, Bergisch-Gladbach 1987; E. Mandel, *Das Gorbatschow-Experiment. Ziele und Widersprüche*, Frankfurt/Main 1989.